

„Nicht in eine Krise reinreden“

Sein Chef, Außenminister Westerwelle, befand sich am Dienstag in New York, um im UN-Sicherheitsrat eine Sitzung über den Schutz von Kindern in Kriegen zu leiten. Werner Hoyer, Staatsminister im Auswärtigen Amt, könnte in etwa zwei Wochen an gleicher Stelle mit einem ungleich heikleren Thema konfrontiert werden. Ungefähr für die Zeit, für die er seine New-York-Reise plant, wird dort ein Antrag der Palästinenser auf Aufnahme in die UN erwartet. Hoyer, ein FDP-Mann wie Westerwelle, aber anders als dieser seit Jahrzehnten in der Außenpolitik zu Hause, sieht das mit gemischten Gefühlen, wie er bei einem Besuch in der Redaktion dieser Zeitung bekennt. Er sieht auch für die Palästinenser nur negative Folgen eines solchen Schritts, denn Washington könnte seine Finanzhilfen erheblich reduzieren, und als Folge davon werde auch die mit Amerika eng verzahnte Hilfe aus Europa nicht mehr effizient wirken können.

Dass Deutschland den Antrag aus Ramallah nicht unterstützen kann, steht für Hoyer fest. Bundeskanzlerin Merkel (CDU) und Westerwelle hätten sich in der Sache klar geäußert. Frau Merkel habe über die Jahre großes Vertrauen zur israelischen Regierung aufgebaut. Dieses würde Deutschland verspielen, wenn die Kanzlerin jenseits „diskreter Gespräche“ nun öffentlich Druck auf Israel ausübe, zumal sich die Regierung in Jerusalem gerade äußerst nervös zei-

ge. Auch wenn Hoyer weiß, dass sich der französische Präsident Sarkozy vor allem aus innenpolitischen Gründen auf eine Anerkennung Palästinas festgelegt hat, dürfe nichts unversucht bleiben, um eine abermalige Spaltung Europas zu verhindern.

Hoyer hofft, dass der Aufbau eines Europäischen Auswärtigen Dienstes dazu beitragen werde, außenpolitische Dissonanzen zu reduzieren – auch wenn die „mit dem Lissabon-Vertrag erhofften Veränderungen bisher nicht eingetreten“ seien. Weitaus schmerzlicher noch als in der Nahost-Frage empfindet Hoyer das vielstimmige Europa in der Euro-Krise. Gerade in Italien, meint der Staatsminister, sollten sich die Politiker an den zu Reformen entschlossenen Spaniern ein Beispiel nehmen, anstatt sich aus kurzfristigen innenpolitischen Motiven heraus tiefer in die Krise hineinzureden. Auch die schon zum Alltag gehörenden gegenseitigen Anfeindungen in der Berliner Regierungskoalition, in der die Partner einander oft zu wenig gönnten, hält Hoyer in diesem Zusammenhang für riskant: In der Euro-Krise sei es fahrlässig, wenn manche Politiker mehr über die Zeit nach 2013 nachdächten als darüber, wie man erfolgreich bis zur Bundestagswahl weiterregieren und Lösungen für die Finanzprobleme der betroffenen Euroländer finden könne. Insgesamt sei in Europa mehr Disziplin erforderlich, um die Finanzmärkte zu beruhigen. (anr.)